

VBZ-Knatsch

Streik verschoben

Stadtrat Andres Türler und VBZ-Direktor Guido Schoch machten sich am Montag vor den Medien Sorgen um den guten Ruf der VBZ, derweil am Dienstagabend eine Vollversammlung des VPOD im Volkshaus mit rund 300 Teilnehmenden, davon 250 Stimmberechtigte, entschied, es werde – wenn bis dann überhaupt noch nötig – frühestens in einer Woche gestreikt.

Am Montag informierten der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, Stadtrat Andres Türler, und VBZ-Direktor Guido Schoch an einer kurzfristig einberufenen Medienkonferenz darüber, dass die Gewerkschaft VPOD eine Mediation gekündigt habe, in der sich die VBZ mit den drei Gewerkschaften VPOD, syna und transfair befanden, und mit einem Streik für Mittwoch, 11. Mai drohe. Andres Türler sagte, ein Streik würde «den Ruf der VBZ als zuverlässiges, leistungsfähiges Verkehrsunternehmen schädigen und auch die Attraktivität der Stadt Zürich als Wohn- und Wirtschaftsstandort in Frage stellen». Die Gewerkschaft erhebe ihre Forderungen zudem «ohne Rücksicht auf den grossen Kostendruck», der auf den VBZ laste. Denn mit der Bahnreform II müssten «aller Voraussicht nach» künftig regionale Buslinien ausgeschrieben werden, womit den VBZ der Verlust «weiterer Buslinien» drohe, weil sie bei der Produktivität nicht mit privaten Anbietern mithalten könnten. Ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV), wie ihn der VPOD fordere, würde die Ausgangslage für die VBZ zusätzlich verschlechtern, und zudem habe der Kantonsrat entsprechende Vorlagen abgelehnt. Der Stadtrat setze aber das Mediationsverfahren mit den beiden anderen Gewerkschaften, syna und transfair, fort, und die Tür für den VPOD bleibe ebenfalls offen. VBZ-Direktor Guido Schoch ging sodann die

Forderungen der Gewerkschaft durch: Jene nach einem GAV sei «im Lichte der Marktliberalisierung» zwar «plausibel – nur, die VBZ sind der falsche Adressat», unterstützen sie doch dem städtischen Personalrecht. Für einen Rahmen-GAV setzten sich aber auch die VBZ ein; dieser solle «als verbindliche Basis für künftige Ausschreibungen im Kanton Zürich» dienen. Zur umstrittenen «Individuellen Dienstplanung» lud er die Gewerkschaften ein, wieder in einer Arbeitsgruppe mitzuwirken. Der VPOD fordert, dass die Teilnahme an diesem Modell freiwillig sein soll, hat es doch gegenüber der altergebrachten Dienstplanung den Nachteil, dass das Personal nicht mehr für ein ganzes Jahr, sondern nur noch für zwei Monate aufs Mal eingeteilt wird – was Jüngeren vielleicht nichts ausmacht, Menschen mit Familie und Vereinsmitgliedern jedoch das ganze Leben auf den Kopf stellen kann. Zum Streitpunkt der Zeit für den Rückweg ins Depot, den die Gewerkschaften bezahlt haben möchten, verwies Guido Schoch auf eine «Klage der Personalverbände von 2008, die noch hängig» sei – und fügte an, die VBZ seien «nicht verpflichtet, den Mitarbeitenden den Heimweg zu bezahlen».

Bei den Pausen und Erholungszeiten stellen sich die VBZ auf den Standpunkt, diese seien «ausreichend und äquivalent zum Büropersonal», während der VPOD zusätzlich zu den sogenannten täglichen Wendezeiten von 50 bis 114 Minuten, beziehungsweise minimal 40 bis 50 Minuten nach Verspätungen, zweimal 15 Minuten reine Pause fordert. Die Forderung nach Lohnerhöhungen «ohne Rücksicht auf Leistung» schießt gemäss Guido Schoch schon rein deshalb übers Ziel hinaus, weil die «Quali», das Zielvereinbarungs- und Beurteilungsverfahren, heute fester Bestandteil im Lohnsystem der Stadt Zürich sei und deshalb «nicht punktuell bei den VBZ ausser

Kraft» gesetzt werden könne. Zum Schluss seiner Ausführungen zählte der Direktor noch auf, wie gut die Anstellungsbedingungen des Fahrpersonals seien: Gute Löhne, Weiterbildungsgutschein, Gratis-Generalabob 1. Klasse, mindestens fünf Wochen Ferien... Nur: Darüber hatte sich der VPOD auch gar nicht beklagt.

Trotzdem: Ist das Fahrdienst-Personal bloss verwöhnt und der VPOD ein Haufen 'Stürmi'? Die VBZ haben offenbar eine super Werbeabteilung, die genau dieses Bild in Szene zu setzen wusste: Am Mittwoch, 11. Mai erschien im '20 Minuten' ein ganzseitiges, allgemein gehaltenes Stelleninserat, so à la «kommt zu den VBZ, bei uns gibts guten Lohn, gratis GA, fünf Wochen Ferien...» So ein Zufall aber auch!

«Zwei von fünf Forderungen erfüllt»

Dennoch wusste VPOD-Sekretär Duri Beer am Mittwoch auf Anfrage nicht nur von der gelungenen Vollversammlung vom Dienstagabend zu berichten, sondern auch von ersten Erfolgen: «Die VBZ-Angestellten haben einen Brief von ihrer Arbeitgeberin erhalten, laut dem die Teilnahme an der Individuellen Dienstplanung nun freiwillig, eine Jahresplanung möglich ist – und die Qualifikationsgrundlagen sollen zusammen mit den Verbänden revidiert werden.» Angesichts dieses Entgegenkommens der Arbeitgeberin beharrten die Angestellten auch nicht mehr auf jeder Minute Pausenzeit, fügt er an. Weiter hat die Vollversammlung einen Brief an den Stadtrat samt einer Vereinbarung beschlossen; unterschreibt der Stadtrat diese bis am kommenden Donnerstag, dann bläst die Gewerkschaft jegliche Kampfmassnahmen ab. Andernfalls

wird ab dem 20. Mai gestreikt. Darauf angesprochen, ob dies der Stadtrat nicht als unzumutbare Erpressung auffassen könnte, entgegnet Duri Beer, wenn die Angestellten mit Methoden wie dem erwähnten Inserat «bloss-gestellt» würden, dann gebe es unweigerlich Ärger. Doch da sich ja auch die Angestellten kompromissbereit gezeigt hätten, erachte er es als wahrscheinlicher, dass der Stadtrat den sozialen Frieden nicht gefährden werde.

In einer Medienmitteilung des Departements der Industriellen Betriebe vom Mittwochnachmittag heisst es derweil, «der Stadtrat bedauert, dass der VPOD den Dialog abgebrochen und mit Kampfmassnahmen gedroht hat, nimmt aber mit Genugtuung zur Kenntnis, dass er auf solche verzichtet hat. Die Gespräche sollen am runden Tisch und nicht via Medien stattfinden. Die Tür für den VPOD bleibt offen. Stadtrat Andres Türler und die VBZ sind zuversichtlich, dass auf diesem Weg eine tragfähige Lösung zustande kommt.»

Bleibt die Frage danach, ob es vonseiten des VPOD klug war/ist, gleich mit Streik zu drohen – oder anders gefragt: Was sollen die Fahrdienst-Mitarbeitenden denn noch machen, falls mal eine Massenentlassung drohen sollte? Duri Beer sagt dazu, die Frage nach der Verhältnismässigkeit könne man diskutieren, doch «ohne die Drohkulisse, die wir aufzogen, hätten die VBZ kaum zwei von fünf Forderungen erfüllt und dies per Brief allen Mitarbeitenden mitgeteilt». Und nachdem die Forderung nach einem GAV «seit zehn, fünfzehn Jahren im Raum steht» und es im Hinblick auf die Bahnreform II nun wirklich langsam pressiere, könnte man dem VPOD genausogut vorwerfen, «dass wir uns nicht alles bieten lassen sollten und eigentlich schon längst gröberes Geschütz hätten aufahren müssen».